39. KONGRESS VOM 07. BIS 08. NOVEMBER 2022
STEIGENBERGER HOTEL HAMBURG

Club of Logistics®

GAME OVER!?

DIE EU VERZOCKT IHRE ZUKUNFT

SHIP YOUR CARGO SMARTER THAN EVER.
MAKE IT HAPPEN.

Sich für Rotterdam zu entscheiden, bedeutet führend zu sein

Europas Containerhafen Nummer Eins ist der Hafen Ihrer Wahl, aus gutem Grund: Der Rotterdamer Hafen befindet sich mitten im europäischen Handelszentrum und dient sowohl als bevorzugter erster als auch letzter Anlaufhafen auf dem europäischen Kontinent. Jahrelange Investitionen in Verbindungen zwischen über eintausend Häfen weltweit, der Bau einer hervorragenden Infrastruktur und erstklassige Dienstleistungen haben den am besten vernetzten, schnellsten und effizientesten Containerhafen der Welt geschaffen.

portofrotterdam.com

Port of Rotterdam

Liebe Mitglieder
des Club of Logistics, liebe Gäste,

es steht nicht gut um Europa. Die Corona-Pandemie hat dies nochmals klar sichtbar gemacht, was sich seit Jahren bereits auf den unterschiedlichsten Ebenen und Handlungsfeldern beobachten lässt: viele Worte, wenig zielführende Taten, viel besser wissen, wenig besser machen.

Noch nie war es jedoch derart offensichtlich, dass die EU (die bezeichnenderweise mit größter Selbstverständlichkeit als Synonym für ganz Europa gebraucht wird) von Anfang an ein Elitenprojekt war. Die Vision vom europäischen Bundesstaat in Anlehnung an die USA wurde auf dem Reißbrett entwickelt, ohne die Unterschiede ernst zu nehmen: ein Volk mit grundsätzlich gleichgerichteten Interessen und einem durchgängigen Selbstverständnis auf der einen, ein Vielvölkergemisch mit unterschiedlicher Geschichte und Kultur auf der anderen Seite. Solange im Mittelpunkt des Interesses der Menschen die Mehrung des Wohlstands stand, der vielleicht eher trotz statt wegen des Rahmens der EU lange Zeit wuchs, fand das Konstrukt breite Zustimmung. Nun befindet sich die EU seit Jahren im Dauerkrisenmodus und die Geduld mit Brüssel nimmt in vielen Mitgliedsländern ab.

Zwischen den Visionen der Eliten und Politiker und der Lebenswirklichkeit der „normalen" Menschen tut sich ein immer breiterer Riss auf. Es ist die Frage, ob nicht die Beschränkung auf eine reine Wirtschaftsgemeinschaft heute eine größere Zustimmung bekommen würde. Ein wesentlicher Grund für die Schieflage der Union scheint mir zu sein, dass sich die EU zu einem gigantischen Sozialstaatsprojekt entwickelt hat. Weltweit werden so bedenkliche Signale gesendet: Wer es schafft, auf unser Territorium zu gelangen, kann ohne Ansehen der Person mit zahlreichen sozialen Wohltaten rechnen. Die Folge ist ein wachsender Druck auf die Sozialsysteme und eine mitwachsende Ablehnung durch die Bevölkerung in vielen (den meisten) Mitgliedsländern.

Die langfristigen Folgen der gegenwärtigen Entwicklungen (Transferunion, Flüchtlings-, Eurorettungs- und Green-Deal-Politik) werden den EU-Bürgern erst langsam und mit Verzögerung bewusst. Es ist nicht davon auszugehen, dass dieses Erwachen die Begeisterung für den „europäischen Gedanken" anfacht.

Die anstehende Dauerkrise hat selbstverständlich auch Auswirkungen auf das Wohl und Wehe der Unternehmen der Logistikindustrie. Wie diese aussehen und wie sich unser Wirtschaftszweig verändern muss, darum geht es im Anschluss an eine kritische Bestandsaufnahme der Situation auf dem alten Kontinent auf unserem Kongress in Rotterdam. Ich freue mich auf lebhafte Debatten mit hohem Erkenntnisgewinn.

Mit freundlichen Grüßen

Vom Weltbeherrscher zum kranken Mann der Weltwirtschaft?

Europa als politisches und wirtschaftliches Zentrum der Welt – über mehrere Jahrhunderte hinweg war dies eine Selbstverständlichkeit. Doch die Zeiten sind vorbei. Kaum hat Europa begonnen, sich als Einheit zu definieren, politisch zu integrieren und wirtschaftlich als einheitlicher Block zu etablieren, sind die ökonomischen (und zunehmend auch die politischen) Grundpfeiler der einst führenden Wirtschaftsregion der Welt ins Wanken geraten.

Die gemeinsame Währung – von den Vordenkern der Europäischen Union als Zement für die weitere Integration der europäischen Staatenwelt und Wohlstandsgarant für eine strahlende Zukunft gepriesen – ist plötzlich zu einer Belastung geworden. Statt den Kontinent international nach vorne zu bringen, ist er zum Dauerpatienten auf der ökonomischen Intensivstation geworden. Der Tropf der Europäischen Zentralbank, an dem der Euro hängt, muss stetig weiter aufgedreht werden, um den Patienten am Leben zu erhalten, während sich die wirtschaftlichen Ungleichgewichte noch verschärfen und sich darüber hinaus inzwischen auch politische Fliehkräfte bemerkbar machen. Wer dies vor zwanzig Jahren prophezeit hätte, wäre als Schwarzseher oder gar Schlimmeres abqualifiziert worden.

Wie steht es aktuell um die wirtschaftliche und politische Zukunft unseres Kontinents? Ist die derzeitige Krisenphase ein Luftholen vor dem kräftigen Aufbruch, wie die Optimisten meinen, oder ist sie der Anfang vom Ende des Euro oder gar der Europäischen Union, wie die Pessimisten unken?

Der Aufstieg der Weltmacht Europa

An kontroversen Perspektiven auf das „europäische Projekt" hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gefehlt. Unter die euphorischen Trompetentöne der Anfangszeit haben sich mehr und mehr kritische Stimmen gemischt. Hieß es bei Helmut Kohl: „Wir wollen das kulturelle Europa bewahren, das aus seiner Vielfalt und seinem geistigen Reichtum Ideen und Ideale gewinnt, an denen sich die Hoffnungen der Menschen entzünden," so fiel die Bilanz bei seinem politischen Gegner Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Die Grünen) bereits Anfang des neuen Jahrhunderts erheblich nüchterner aus: „Europa ist nicht zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger geworden, sondern gilt je länger desto mehr als Albtraum einer Mammutbürokratie."

Auch abseits der Bewertung der politischen Entwicklung der Union, nämlich auf wirtschaftlichem Gebiet, herrschten und herrschen kontroverse Sichtweisen. Kritische Stimmen vor allem unter Wirtschaftswissenschaftlern wurden zu Beginn der Euroeinführung im akademischen Betrieb mit durchaus fragwürdigen Mitteln zum Schweigen gebracht, was nicht unerheblich zur Bildung einer neuen Partei, der AfD, in Deutschland beigetragen hat. Inzwischen wollen sich wohl viele der ehemaligen Berufsoptimisten nicht mehr gerne an ihre vollmundigen Vorhersagen erinnern. Aber die Abfolge von Euphorie und Verzweiflung, von Hybris und Ohnmacht ist auf dem Kontinent nichts Neues. Erfahrungsgemäß bringen sowohl das Steuern als auch das Gegensteuern die europäischen Völker regelmäßig an den Rand des Abgrunds – oder darüber hinaus. „Offenbar muss Europa immer erst in den Zustand äußerster Gefahr geraten, ehe es sich entschließt, das zu tun, was notwendig ist, um am Leben zu bleiben", so bringt der deutsche Schriftsteller und Chirurg Peter Bamm (1897–1975) diese Beobachtung auf den Punkt, zu einer Zeit, als die heutigen Verwerfungen noch nicht einmal ansatzweise zu erahnen waren.

In den letzten Jahrhunderten war die Bedeutung des europäischen Kontinents auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet so gewaltig, dass alle anderen Weltregionen von den Aufs und Abs europäischer Entwicklungslinien betroffen waren – mit zunehmender Dauer der Vorherrschaft immer gravierender. Da erhebt sich die Frage, wie dieser flächenmäßig eher kleine Raum überhaupt zu solcher Größe heranwachsen konnte. Schließlich ist Europa im Vergleich zu den konkurrierenden Regionen weder mit besonders vielen Rohstoffen noch mit besonders fruchtbaren Böden gesegnet. Um das Jahr 1000 kann man den Zustand des Kontinents, was Handel und Wirtschaft anbetrifft, im globalen Vergleich nur als rückständig bezeichnen. Und dies, nachdem die großen kulturellen Mächte Griechenland und vor allem Rom über viele Jahrhunderte hinweg Europa technischen und wirtschaftlichen Fortschritt gebracht hatten. Das römische Reich hatte einen großen Teil des Kontinents mit einem hoch entwickelten Verkehrssystem, Handelsstützpunkten und funktionierender Logistik über tausende von Kilometern erschlossen und kolonisiert. Die Gründe für den endgültigen Zerfall dieses Großreichs im Frühmittelalter (ca. 7. Jahrhundert n. Chr.) sind charakteristisch für den Niedergang prosperierender Mächte über die gesamte Geschichte hinweg: Hybris, Überdehnung des Machtanspruchs, Zentralisierung aller entscheidenden Verwaltungsprozesse und politischen Entscheidungsebenen. Die EU von heute lässt grüßen.

11. bis 13. Jahrhundert: Erste Aufstiegsbewegungen

Insbesondere die islamischen Reiche im Nahen und Mittleren Osten sowie China waren um das Jahr 1000 auf einem erheblich fortschrittlicheren Niveau angelangt. Der Anteil Europas an der Weltbevölkerung lag nach groben Schätzungen bei 10 bis 15 Prozent, die Wirtschaftsleistung dürfte einen ähnlichen Anteil ausgemacht haben. Auch was Wissenschaft, Technik und Kultur angeht, lag Europa zurück. Noch im 14. Jahrhundert soll die Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung im wirtschaftlich und technologisch fortschrittlicheren China um mindestens 20 Prozent über der europäischen gelegen haben.

Allerdings begann sich bereits im 12. Jahrhundert auf dem europäischen Kontinent – angefacht durch die Bemühungen der Reiche der Karolinger und Merowinger – eine wie wir heute sagen würden „ordnungspolitische" Basis zu bilden, die den Grundstein für den Aufstieg Europas zur führenden Wirtschaftsmacht vorbereitete. Es entstand eine zuverlässigere Infrastruktur mit neuen Ordnungsformen und neuen Institutionen, die mehr Ruhe und Sicherheit in die bis dahin zerklüftete politische Landschaft aus kleinen, für sich genommen machtlosen, Markgrafschaften, Fürstentümern, Stadtstaaten und Minikönigreichen brachte. Diese neu gewonnene (auch Verkehrs-) Sicherheit bildete das Fundament für den Aufbau von Fernhandelsbeziehungen und damit die Erschließung von Märkten. Rechtliche Rahmenbedingungen, die durch die Gründung von Städtebündnissen und die Innovation „Handelsmesse" ermöglicht wurden, sorgten dafür, dass Vertrauen in die Handelsprozesse, Sicherheit für die Transportwege und eine lokalisierte Gerichtsbarkeit entstehen konnten. Handelspartner konnten sich somit auf der Basis langfristiger Beziehungen untereinander vernetzen und Waren, Rohstoffe und Informationen austauschen. Messen versammelten Angebot und Nachfrage an verkehrsgünstig und sicher gelegenen Orten (Verkehrsknoten) zu festgelegten Zeiten. Da die Messen sich über immer längere Zeiträume hinzogen, quasi zu Dauermessen wurden und eine eigene Gerichtsbarkeit etablierten, ließen sich Kosten und Risiken minimieren. Als Folge davon wuchsen immer mehr große, oft von mehreren Kaufleuten gemeinsam betriebene Warenlager heran.

Beschleunigend auf den wirtschaftlichen Aufstieg von West- und Mitteleuropa wirkten sich die zahlreichen Stadtgründungen aus, die Mitte des 12. Jahrhunderts ihren Anfang nahmen und jeweils mit der Gewährung von Markt- und häufig auch Münzprägerechten einhergingen. Städtebünde wie die Hanse schufen bedeutende Zentren wirtschaftlicher – und damit verbunden politischer – Macht. Der zunehmnde Handel, auch über immer größere Strecken hinweg, steigerte die Produktionskapazitäten und förderte die Einführung innovativer Zahlungs- und Finanzierungsmethoden, beispielsweise die doppelte Buchführung und die Verwendung von Wechseln im Zahlungsverkehr. Kupfer-, Silber- und Goldmünzen gewannen immer weiter an Bedeutung.

14. bis 16. Jahrhundert: Beginn des interkontinentalen Handels

Die Verhältnisse im Europa des 13. Jahrhunderts begünstigten auch ein Aufholen gegenüber den führenden Wirtschaftsräumen Arabien und China, was die Zahlungsinstrumente anbetrifft: Die politische Zerklüftung Europas führte zu einer chaotischen, regional geprägten Zersplitterung des Münzwesens mit unzähligen Münzformen und -arten. Selbst im Handel in regional eng benachbarten Gebieten mussten an den unterschiedlichen Orten Münzen gewechselt werden. Dies verlangte von den Kaufleuten den Transport großer Geldmengen – ein aufwendiges und in den damals häufigen politischen Wirren oft gefährliches Unterfangen. Einen Ausweg boten da Wechselbriefe, die sich im Laufe des 13. Jahrhunderts selber als eigenständiges Zahlungsmittel durchsetzten und so eine frühe Version des Papiergelds entstehen ließen, wie sie bereits im 8. Jahrhundert in China und seit dem 10. Jahrhundert im arabischen Raum üblich waren.

Die „Internationalisierung auf kleinem Raum" brachte für Europa einen selbsttragenden und sich beschleunigenden Aufschwung mit sich, der durch den intensiveren Kontakt mit den höher entwickelten Wirtschaftsregionen in Mittel-, Ost- und Südostasien sowie dem islamischen Raum weiter angefacht wurde. Entscheidender „Enabler" dieser Entwicklung war das von den Mongolenherrschern verwaltungstechnisch stabilisierte und militärisch abgesicherte Handelswegenetz der Seidenstraße mit der Hauptroute von Konstantinopel über Bagdad und Samarkand bis nach China.

17. bis 20. Jahrhundert: Kolonialismus und industrielle Revolution

Die Begegnung mit den fortschrittlichen Reichen im Osten hatte in vielerlei Hinsicht eine Katalysatorwirkung auf Europa (auch wenn das Handelsvolumen an sich gegenüber dem innereuropäischen fast vernachlässigbar gering war): Kulturelle Einblicke in bisher fremde Gesellschaften öffneten den geistigen Horizont, und neue Technologien wie die Herstellung von Schwarzpulver und Papier führten zu greifbaren Fortschritten in Technik, Kultur und Wirtschaft. Umgekehrt stieg auch die Nachfrage aus dem Osten nach europäischen Gütern. Dazu gehörten sowohl Luxusgüter aus hochwertigen europäischen Manufakturen als auch Kleidung und Wein.

Der Aufstieg der neuen Wirtschaftsmacht Europa brachte zahlreiche Arbeitsplätze und höhere Löhne mit sich, was einen durch steigende Zuwanderung getriebenen Bevölkerungsanstieg in den Städten auslöste. Der Fernhandel mit Asien war aus dem wirtschaftlich erstarkten Europa nicht mehr wegzudenken, und als der Zusammenbruch des Mongolenreiches, das die Sicherheit der Seidenstraße garantiert hatte, und der Vorstoß islamischer Truppen nach Europa die gewohnten Handelsrouten in Frage stellten, begann eine intensive Suche nach neuen, nicht durch politische Unwägbarkeiten gefährdete Handelswege. Durch die im Auftrag des portugiesischen Königshauses initiierten Umsegelungen des Kaps der Guten Hoffnung etablierte sich ein Seefrachtweg, der den Warenaustausch mit Asien zu neuer Blüte trieb.

Hierin liegt vielleicht der entscheidende Faktor, der den Aufstieg Europas zur führenden Weltregion bewirkte: Während etwa die chinesischen Kaiser niemals Veranlassung verspürten, ihr Land zu verlassen und in fremde Regionen zu reisen, da der Binnenmarkt und die wichtigsten Nachbarmärkte unmittelbar vor der Haustür lagen, hing die weitere Expansion der europäischen Wirtschaftsmächte von einem Ausbau des Handelsaustauschs mit der übrigen Welt ab. Die dafür nötigen Handelswege führten nun immer stärker über die Meere, und mit der Entdeckung des amerikanischen Kontinents erschloss sich Europa eine völlig neue Welt. Handelsflotten mit einem steigenden Anteil militärischer Begleitschiffe veränderten das strategische Verhältnis zwischen den Weltregionen fundamental: Im frühen 16. Jahrhundert waren europäische Mächte (insbesondere die frühen Seemächte Spanien und Portugal) zu Herrschern der Weltmeere aufgestiegen, die damit begannen, die Welt zu kolonisieren.

Im 17. Jahrhundert gesellten sich die Niederlande und England zu den maritimen Großmächten. Insbesondere England profitierte von den Rohstoffen und Getreide liefernden Kolonien in Nordamerika, deren Besiedlungsstärke rasch anstieg. London entwickelte sich in kurzer Zeit zur wichtigsten Wirtschaftsstadt Europas.

Während also die einst überlegenen Rivalen um den Thron der führenden Wirtschaftsregionen überwiegend auf ihrem Niveau verharrten, entwickelte Europa eine bisher ungekannte Dynamik. Die ständig wachsende Nachfrage nach Produkten und steigende Löhne schufen Anreize, die Arbeitskräfte durch den Einsatz mechanischer Hilfsmittel produktiver zu machen. Die Folge war eine technologische Explosion, die sowohl zu einer rasanten Fortentwicklung naturwissenschaftlicher Erkenntnis vor allem auf den Sektoren Mechanik, Thermodynamik und Chemie beitrugen, als auch zu einer Fülle von Anwendungen vom mechanischen Webstuhl bis hin zur Elektrifizierung und der Nutzung von Dampfmaschine und Verbrennungsmotor führte. Die Unternehmer und Gewerbetreibenden des 17., 18. und 19. Jahrhunderts suchten fieberhaft nach technischen Lösungen, die es gestatteten, Kosten zu senken und Gewinne zu steigern. Mit der industriellen Revolution, die eine genuin europäische Entwicklung war, wurden die einstigen führenden Wirtschaftsmächte in Asien und dem arabischen Machtzentrum regelrecht abgehängt.

Als führendes Industrie- und Technologieland etablierte sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts England, andere europäische Mächte – vor allem Frankreich und das Deutsche Reich – sowie Nordamerika zogen nach und erzeugten ein konkurrierendes Geflecht von

wirtschaftlichen Großmächten. Immer effizientere Transportmittel, insbesondere die Eisenbahn, ermöglichten es, große, kaum besiedelte Regionen auf allen Kontinenten zu erschließen, Rohstoffe, Nahrungsmittel und Waren, zunehmend jedoch auch Güter des alltäglichen Bedarfs kostengünstig zu transportieren und damit immer neue koloniale Stützpunkte zu errichten, zu versorgen und zu verteidigen. Erstmals berührte der weltweite Handel (die erste Welle der Globalisierung) nicht mehr nur Adel und die reiche Kaufmannsschicht, sondern begann, die Lebensumstände des Großteils der Bevölkerung

20. Jahrhundert: Katastrophen, Zusammenbrüche und Wiederaufstieg

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Europa international eine beispiellose Dominanz errungen. Der Anteil Europas an der Weltwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg wird (bei einem Anteil an der Weltbevölkerung von weniger als 30 Prozent) auf enorme 45 Prozent geschätzt. Mit dem Ersten Weltkrieg endete jedoch die weltweite europäische Vorherrschaft, sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich. New York löste London als wichtigsten Finanzplatz ab und die Kolonialreiche begannen zu zerfallen. Mit dem Untergang des Zarenreichs in der Oktoberrevolution 1917 begann der Aufstieg einer neuen Weltmacht.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts kam es zu großen Verschiebungen unter den Wirtschaftsregionen. Die beiden Weltkriege brachten eine fundamentale Schwächung Europas, eine erfolgreiche, von den USA angeschobene Wiederaufbauphase und das Erstarken neuer Wirtschaftsmächte (USA, Sowjetunion, Japan, China) mit sich. Das relative Gewicht Europas in der Welt verringerte sich und förderte ein neues Denken in Richtung einer integrierten europäischen Wirtschaft. Den Beginn dieser Entwicklung bildet die Montanunion, die 1951 mit dem Beitritt von Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Italien startete. Es folgten eine ganze Reihe „europäischer Gemeinschaften", zunächst die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die 1952 ihre Arbeit aufnahm. Mit dem Fokus auf eine gesamtwirtschaftliche Zusammenarbeit wurden 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) aus der Taufe gehoben.

Immer mehr tendierten die politischen Entscheidungsträger zur Schaffung einer übergreifenden Wirtschaftsunion, die die Grundlage für eine politische Union bilden sollte. Im Jahr 1987 formulierte die Einheitliche Europäische Akte erstmals die Statuten des kontinentalen Binnenmarktes. Der Vertrag von Maastricht schuf 1993 schließlich die Europäische Union. 2009

wurden die verschiedenen europäischen Gemeinschaften mit dem Vertrag von Lissabon in die Europäische Union integriert.

21. Jahrhundert: Zentralisierung, Gemeinschaftswährung und Dauerkrise

Mit dem Beginn des neuen Jahrtausends führte die EU den Euro als gemeinsame Währung ein. Die Gründe für diesen Schritt waren immer politischer, nicht wirtschaftlicher Natur: Mit der Schaffung währungspolitischer Fakten sollte der Druck auf die Mitgliedsstaaten, eine politische Union voranzutreiben, erhöht und verstetigt werden. Zahlreiche Wirtschaftsfachleute warnten damals vor einer zu schnellen Einführung und forderten, zuerst politische und finanztechnische Rahmenrichtlinien zu schaffen, beispielsweise Mechanismen, mit denen den unterschiedlichen Verschuldungsgraden und Fortschrittsgeschwindigkeiten Rechnung getragen werden können. Doch die Politik setzte sich über die Kritiker hinweg, oft mit geradezu trotzigen Reaktionen. In Erinnerung bleibt die Mahnung der damaligen US-Außenministerin Madeleine Albright, die Einführung der Gemeinschaftswährung zu verschieben, bis eine politische Einigung weit genug vorangeschritten sei. Aus der Führungsetage der CSU gab es daraufhin den höhnischen Kommentar, die USA wollten nur mit aller Macht verhindern, dass die EU, angetrieben vom Super-Euro, die Amerikaner wirtschaftlich abhänge. Albright hatte jedoch nur die Erfahrung des Bundesstaats USA weitergegeben: Eine gemeinsame Währung werde nur in einer Fiskalunion mit zentraler Steuerung funktionieren, nicht unter unabhängigen Staaten, die sich beliebig verschulden können. Sie bemängelte das Offensichtliche: Kohl und seine Mitstreiter begannen (in der Hoffnung, die laufende Konvergenz zwischen den Wirtschaften der Unionsstaaten werde sich beschleunigen), das Pferd von hinten aufzuzäumen: erst die Einheitswährung, dann folgt die politische Einigung zwangsläufig auf dem Fuß.

Hybris begleitete weiterhin den Prozess der Einführung des Euro. Dabei begannen ironischerweise gerade mit diesem vermeintlichen Wachstumsturbo die wirtschaftlichen Probleme und der relative Abstieg Europas gegenüber den anderen Wirtschaftsregionen der Welt. In den vier Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte in Europa, unterstützt durch kluges Fördern und Fordern der USA, ein solides Wachstum, das den Bürgern einen hohen Wohlstandszuwachs bescherte. Die Akzeptanz der EU-Wirtschafts- und Währungspolitik in der Bevölkerung war daher groß, die Einführung des Euro wurde nach den optimistischen Ankündigungen der Politiker aller Parteien als ein Projekt zur Mehrung des Wohlstands in der Union begrüßt.

Doch ausgerechnet mit der Euroeinführung, die nach einer Phase der Annäherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten erfolgte, war die Erfolgssträhne der europäischen Wirtschaft beendet. Statt Konvergenz ergab sich wachsende Divergenz. Mit dem Start des Euro verkündete die EU den Lissabon-Prozess, der die Losung ausgab, die europäische Union bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu machen, zur globalen Nummer eins bei Forschung, Bildung, Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftsdynamik. Im Zieljahr 2010 musste man feststellen, dass ausnahmslos alle Ziele verfehlt worden waren. Unter den zehn besten Universitäten der Welt waren außer zwei britischen keine europäischen vertreten. Die angestrebte Höhe der Forschungsausgaben wurde – außer in annäherndem Maß in Deutschland – nirgends erreicht. Zu allem Überfluss verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der EU zusehends. Als Hauptgrund sehen heute die meisten Wirtschaftsexperten gerade die Auswirkung der Euroeinführung, mit der Wechselkursschwankungen beseitigt und eine Wirtschaftskonvergenz erreicht werden sollten.

In Erwartung einer soliden EU-Wirtschaftspolitik hatten sich die europäischen Zinsen auf niedrigem Niveau eingependelt und lagen unterhalb der Inflationsrate – in Deutschland etwas höher als in den meisten anderen Staaten. Geld war billig, Verschuldung lohnte sich, und viele Staaten der EU langten dabei kräftig zu. Mit dem billigen Geld wurden Immobilien als Vermögenswert gekauft. Spanien, Irland und andere Länder erlebten einen Immobilienboom, der in eine riesige Blase mündete. Ausgerechnet Deutschland, die Hauptlokomotive des Eurozuges, begann gleich zu Beginn des neuen Jahrtausends zu schwächeln, erhielt gar den Beinamen „kranker Mann Europas" verliehen. Das Land war mit etwas überhöhten Werten von Zinsen und Wechselkurs in die Eurogemeinschaft eingetreten und geriet damit ins Hintertreffen gegenüber den Nachbarstaaten, die vor allem in den südlichen EU-Regionen einen schnellen Boom erlebten. Mit den Hartz-IV-Reformen, die letztlich auf eine Lohnsenkung – oder zumindest -deckelung – hinausliefen, kehrte sich das Blatt um. Während sich Deutschland erholte, begannen die Blasen in den südlichen Ländern zu platzen, die das billige Geld der Niedrigzinsphase nicht für Zukunftsinvestitionen in die Produktivitätssteigerung gesteckt, sondern konsumtiv verbraucht hatten. Die vorher konvergierenden Wirtschaften der Eurozone entwickelten sich massiv auseinander, und statt zum dynamischsten Wirtschaftsstandort der Welt zu werden, manövrierte sich Europa in die erste Eurokrise. Das rasante Auseinanderdriften der europäischen Staaten erschütterte das Vertrauen in den Euro nachhaltig, sodass eine Spekulationswelle die Märkte überrannte, die ohne das berühmte „Whatever it takes" von EZB-Chef Mario Draghi mit Sicherheit zum Zerfall der Eurozone geführt hätte. Die EZB signalisierte den Märkten, dass sie allen Euro-Staaten jederzeit Solvenz und Liquidität garantieren werde. Dies entzog der Spekulation den Boden.

In nicht nur für die EU typischer Weise verdrängte man in Europa die wahren Ursachen der Krise und schoss sich auf Pappkameraden wie die Ratingagenturen und Spekulanten ein. Der Grund für die Krise war letztlich der Unterschied in der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit zwischen den nördlichen und südlichen Staaten der Union. Hier aber konnte die EZB keine Abhilfe schaffen. Lediglich durch immer niedrigere Zinsen konnte sie „Zeit gewinnen". Die politische Führung in den EU-Staaten blieb untätig, vertraute auf die Zinssenkungsmeister in Brüssel und hoffte auf ein Wunder, das niemals kommen sollte, denn Länder wie Portugal, Spanien, Italien, Griechenland, aber auch das große Frankreich verloren stetig an Wettbewerbsfähigkeit: Das Lohnniveau stieg dort weit stärker als in Mittel- und Nordeuropa, und innerhalb des Euro-Korsetts konnten diese Staaten ihre Lage nicht durch Abwertung der eigenen Währung in Inflationsphasen verbessern. Deutschland, Österreich, die Niederlande und die anderen nördlichen Staaten entwickelten sich weit besser als der Süden, womit sich die Ungleichgewichte und die daraus folgenden Spannungen verschärften.

Als Ausweg wurde der Ruf nach einer Transfer- und Schuldenunion laut, innerhalb derer die finanzkräftigeren Staaten den schwächeren unter die Arme greifen sollten. Verständlicherweise wehrten sich Deutschland & Co. dagegen, da man den südlichen Nachbarn keinen Blankoscheck für unkontrolliertes Schuldenmachen ohne Mitspracherecht über die Verwendung überwiesener Gelder ausstellen wollte. Dass das Geld für die Bekämpfung der Ursache der Eurokrise genutzt wird, also zur Produktivitätssteigerung, schien nicht sehr wahrscheinlich zu sein. Dennoch schlug die Eurozone 2020 diesen Weg ein: Der so genannte Wiederaufbaufonds schafft eine De-facto-Transferunion, die über eine innereuropäische Umverteilung den Euro retten will.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit der stärkeren Länder wird sich dadurch in den nächsten Jahren verringern, und ob sich die Wettbewerbsfähigkeit der südlichen Länder verbessert, ist zweifelhaft, wenn immer billigeres Geld keinen Handlungsdruck erzeugt. Abzusehen ist, dass sich die Fliehkräfte weiter verstärken und die Transfers nichts Fundamentales bewirken. Für die großen Herausforderungen, die bevorstehen (Umbau der Wirtschaft in Richtung Klimapolitik und der demografische Wandel), lässt sich keine schlüssige Strategie erkennen. Außer einem voll geöffneten Geldhahn hat die europäische Politik nichts vorzuweisen, was auf eine Trendwende hindeuten könnte. Ein Braindrain der Hochbegabten und ein Abwandern der Investitionstätigkeit vieler Unternehmen in Regionen außerhalb Europas sind erste Anzeichen einer Resignation der ökonomischen Leistungsträger. Zu befürchten ist, dass all dies zu einer wirtschaftlichen Stagnation führt, die auf allen Seiten Unzufriedenheit erzeugt: bei den Nettozahlern, die ihre Exporte dadurch selbst finanzieren, dass sie den Importländern Geld überweisen, und bei den Empfängerländern gleichermaßen, die wegen des mangelnden Erfolgs dieser Politik wohl nach immer höheren Transfers rufen werden.

Zukunft mit vielen Fragezeichen

Die EU steht offensichtlich relativ ratlos vor der Tatsache, dass sie in den zwanzig Jahren, die die Gemeinschaftswährung inzwischen besteht, ihre selbstgesteckten Ziele nicht annähernd erreicht hat. Statt Strategien für die Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand zu entwickeln, konzentriert sie sich auf konsumtive Aspekte, wobei die Hauptidee in der Sicherung des Zuflusses von billigem Geld besteht. Ihrer Aufgabe zum Trotz und gegen geltendes Recht greift die EZB inzwischen fundamental in die Fiskalpolitik der Mitgliedsländer ein. Es ist schwer einzusehen, wie ohne eine tatsächliche Fiskalunion die Unwucht unter den Ländern der Eurozone vermindert werden kann. Die Schaffung eines echten Bundesstaates ist in weite Ferne gerückt, da die wenigsten Länder bereit sind, auf eigene Rechte in diesem äußerst sensiblen Bereich zu verzichten. Mechanismen, die eine innere Abwertung der südlichen Länder ermöglichen würden, sind ohne faktische Lohn- und Gehaltskürzungen nicht vorstellbar, und aller bisherigen Erfahrung nach lässt sich eine solche Strategie innenpolitisch nicht durchsetzen.

Bedenklich ist diese Situation, die der Erstarrung durch das Eurokorsett zu „verdanken" ist, besonders deshalb, weil mittelfristig große Herausforderungen zu verkraften sind: der ökologische Umbau der europäischen Wirtschaft bei Erhaltung des Wohlstands und die Bewältigung des demografischen Wandels, der tiefgreifende Veränderungen im Wirtschaftsgefüge mit sich bringt und zu einer eigenen Bedrohung für den Wohlstand der Bürger der EU zu werden droht.

Angesichts leerer Kassen, wenig Ideen und einer alternden Bevölkerung lässt sich nur schwer ein optimistischer Blick in die Zukunft des Kontinents werfen, der seit dem Höhepunkt des Nachkriegsaufschwungs weltweit stetig – und in den letzten beiden Jahrzehnten beschleunigt – an weltweiter Bedeutung eingebüßt hat. Insbesondere der Austritt Großbritanniens (in Sachen Universitätsausbildung und Technologieinnovationen ein Vorzeigestaat der EU) hat die Union spürbar geschwächt. Inzwischen ist keine einzige europäische Universität mehr unter den führenden Forschungs- und Lehranstalten der Welt zu finden. Das Innovations- und Investitionsgeschehen verlagert sich in andere Weltregionen. Beispielsweise zeigt ein genauerer Blick auf die Dynamik der Forschung und Entwicklung in den Unternehmen Gewichtsverlagerungen bei den für die Zukunft wichtigsten Forschungsinvestitionen. Eine Untersuchung der Europäischen Kommission analysierte die Investitionsstruktur der weltweit 2.500 Unternehmen mit den höchsten Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung (F+E) im Jahr 2017. Diese Firmen sind für etwa 90 Prozent der weltweit von allen Unternehmen getätigten F+E-Investitionen verantwortlich. Das Ergebnis der Studie ist aufschlussreich. Eine geraffte Zusammenfassung ergibt folgendes Bild:

Die USA sind mit 778 forschungsstarken Unternehmen in der Liste vertreten. Deren Anteil an den Gesamtinvestitionen der 2.500 größten F+E-Unternehmen im Jahr 2017 lag bei 37,2 Prozent (274 von insgesamt 736 Milliarden Euro). Die 577 Unternehmen mit Hauptsitz in der EU investierten im Jahr 2017 insgesamt 200 Milliarden Euro im Bereich F+E, die 438 Unternehmen mit Hauptsitz in China 71 Milliarden Euro. Die US-Unternehmen steckten damit im Jahr 2017 so viel Geld in F+E wie die Unternehmen aus der EU und China zusammen.

Interessant für die weitere Entwicklung der Volkswirtschaften ist die Frage, in welche Bereiche die Gelder fließen. Die Zukunftsfähigkeit eines Landes hängt unzweifelhaft eng mit der Erforschung und Entwicklung von Hightech-Lösungen zusammen. Hier zeigt sich, dass man auch in China die Zukunfsprioritäten klarer erkennt als in Europa.

Die Investitionen im Hightech-Sektor hatten an den F+E-Ausgaben der Unternehmen mit Sitz in den USA einen Anteil von 78,0 Prozent. Der Anteil lag damit weit über den Anteilen, die in der EU und China auf den Hightech-Sektor entfielen (2017: 39,4 bzw. 43,7 Prozent). Die drei forschungsintensivsten Sektoren – Pharmazieprodukte/Biotechnologie, Hardware/technische Geräte und Anlagen sowie Software/Computerdienstleistungen – hatten mit 72,1 Prozent einen überdurchschnittlich hohen Anteil an den Forschungsausgaben der Unternehmen mit Hauptsitz in den USA. Zudem ist keiner der drei Sektoren dominant, die F+E-Ausgaben sind in allen drei Sektoren beträchtlich: 2017 lagen sie zwischen 64,4 und 68,5 Milliarden Euro – das ist für jeden einzelnen Sektor mehr als doppelt so viel wie die Unternehmen mit Sitz in China
2017 in den kompletten Hightech-Sektor investierten.

Bei den Unternehmen aus der EU ist der Anteil der Investitionen im Bereich Mediumtech mit 46,4 Prozent höher als der im Hightech-Sektor (39,4 Prozent), der entsprechende Anteil in China in diesem Segment liegt bei 33,0 Prozent, also erheblich niedriger als der Hightech-Anteil mit 43,7 Prozent. Der Lowtech-Sektor hatte bei den Unternehmen mit Hauptsitz in China einen Anteil von 21,7 Prozent an den gesamten F+E-Ausgaben – deutlich mehr als bei der EU und den USA (8,9 bzw. 1,1 Prozent).

Sowohl in den USA als auch in China dominiert inzwischen die Hightech-Forschung, während europäische Unternehmen eher im mittleren Technologieniveau aktiv sind. Und hier ist das Investitionsengagement zudem sehr einseitig ausgerichtet: Allein auf den Sektor Automobilbau/-teile entfiel im Jahr 2017 weit mehr als ein Viertel der gesamten F+E-Ausgaben der EU (28,7 Prozent). Mit 57,4 Milliarden Euro trugen Unternehmen mit Hauptsitz in der EU nahezu die Hälfte der weltweit im

Automobilsektor investierten Gelder (117 Milliarden Euro) bei. Dies macht die einseitige Abhängigkeit der EU-Unternehmen von der Fahrzeugindustrie deutlich. Marktanteilsverluste am weltweiten Automobilsektor treffen somit die europäische Wirtschaft besonders empfindlich. Mit starken Playern im Bereich E-Mobilität erwächst den europäischen Vertretern dieses Industriezweigs aber soeben starke Konkurrenz aus den USA und China, was ein großes Fragezeichen hinter die bisherige Dominanz der Europäer im Automobilbau setzt.

Abstieg einer Wirtschaftsgroßmacht

In welche Richtung die EU wirtschaftlich unterwegs ist, zeigt ein Vergleich ihres Anteils am Weltbruttoinlandsprodukt mit den beiden anderen Wirtschaftsgroßmächten USA und China, den die „United Nations Conference on Trade and Development" (UNCTAD) vorgelegt hat. Es wird dabei deutlich, dass allen Ankündigungen und Versprechungen zum Trotz der Aufstieg Chinas fast ausschließlich zu Lasten Europas vonstatten ging.

Im Jahr 1970 lag der Anteil der EU-28 am realen Welt-BIP bei 35,2 Prozent. Bis zum Jahr 2018 fiel der Anteil auf 21,9 Prozent, wozu das inzwischen ausgetretene Großbritannien allein 3,3 Prozent beitrug. Im gleichen Zeitraum 1970 bis 2018 verringerte sich der Anteil der USA am Welt-BIP jedoch nur von 25,4 auf 24,0 Prozent, während China seinen Anteil von 1,0 auf 15,9 Prozent ausweiten konnte. Waren noch Anfang der 1990er-Jahre fünf der Top-10-Wirtschaftsnationen der Welt Mitglied der Europäischen Union, so sind es heute nur noch zwei: Deutschland und Frankreich.

Auch im Welthandel verliert der alte Kontinent an Bedeutung. Die Werkbankfunktion verlagert sich zunehmend von China in neue Staaten vor allem in Asien, künftig vielleicht auch in Afrika. Und es entstehen dort wettbewerbsfähige Volkswirtschaften, die einen Wandel von der Billigproduktion hin zu Hightech vollziehen und neue Lieferketten um sich herum formen.

Der relative Abstieg Europas ist somit amtlich, und nichts deutet darauf hin, dass sich diese Tendenz in naher Zukunft stoppen ließe. Im Gegenteil. Die großen Produktivitätstreiber auch der europäischen Wirtschaft werden dominiert von den USA und Asien: Internet, Smartphone, soziale Medien, Digitaltechnologie – und neuerdings auch die E-Mobilität. Immer wieder konnte man in den letzten Jahrzehnten dieselbe Beobachtung machen: Europa steht auf einem ökonomisch wichtigen Technologiesektor gut da, ruht sich auf seinen Erfolgen aus, sucht diese oft auch durch regulatorische Barrieren gegen den Wettbewerb zu verteidigen – und verpasst prompt zukunftsentscheidende Technologiesprünge, die den gesamten Markt umkrempeln und Europa mit veralteten Strategien und Prozessen zurücklassen. Beispiel Mobilfunk: Weltweiter Spitzenreiter war noch um die Jahrtausendwende die finnische Nokia. Mit der Einführung des iphones durch Apple waren die Europäer über Nacht abgehängt. Ähnlich verlief oder verläuft die Entwicklung bei Internettechnologien wie Cloud Computing, Big Data, Künstlicher Intelligenz, digitalen

Zahlungsmethoden und Social Media. Und bei der Geschwindigkeit, mit der die Hersteller in den USA und China voranpreschen, ist absehbar, dass auch auf dem Sektor Automobilbau die Überholspur schon besetzt ist. Dass Chinas Forschung auf diesem Gebiet mit vielen aus Europa abgeworbenen Managern arbeiten kann, wirft ein Licht auf die Einschätzung der Zukunftschancen durch Führungskräfte auf dem alten Kontinent.

Wer sich die maßgeblichen Entwicklungen der Technologie der letzten beiden Jahrzehnte vor Augen führt, muss zu dem Schluss kommen, dass es mit den Rahmenbedingungen für Innovation in Europa offenbar nicht zum Besten steht. Steve Jobs (Apple), Bill Gates (Microsoft), Jeff Bezos (Amazon), Elon Musk (Tesla, SpaceX) oder auch Jack Ma (Alibaba) haben die Welt – auch zu Gunsten unserer Wirtschaft und Gesellschaft – mit revolutionären Produkten verändert. Ihre Laufbahn wäre in Europa kaum vorstellbar. Groß und visionär zu denken allein reicht für derartige disruptive Innovationen nicht aus. Es müssen günstige Rahmenbedingungen gegeben sein, die die Umsetzung dieser Ideen ermöglichen. Gute Finanzierungsmöglichkeiten, keine kleinkarierten Auflagen und Besteuerungen, optimistische, technologie- und unternehmerfreundliche gesellschaftliche Einstellungen und die Ermutigung individueller Leistungsträger sind einige der Voraussetzungen, die erfüllt sein sollten, wenn Ausnahmeunternehmer neue Unicorns auf den Weg bringen. Auf dem alten Kontinent wird man ein solches Innovationsklima schwerlich finden, allen Kompetenzzentren, Technologieoffensiven usw. zum Trotz.

Gebremst wird die Entwicklung in der EU immer wieder durch dieselben Mechanismen: Bürokratie/Überregulierung, perfektionistische Gesetzgebung (wie Datenschutzvorgaben, die Transparenz verhindern und Prozesse extrem verkomplizieren), Entmutigung kreativer Selbstständiger und nicht zuletzt eine technologiezögerliche und unternehmerskeptische Haltung der Bevölkerung. Die Stärken der EU-Staaten liegen nach wie vor in der traditionellen klassischen Industrie, also in der Sachgütererzeugung besonders in Bereichen wie Chemie oder Maschinenbau. Angesichts dieser eher zum Mediumtech-Sektor gehörenden Wohlstandssäulen lässt sich vermuten, dass die Bedeutung Europas auch hier zurückgeht, wenn sich neue schnell aufsteigende Staaten in diesem Bereich engagieren. Das Festhalten an Anlagen und Waschmaschinen ist wohl keine langfristige Erfolgsstrategie.

Optimisten verweisen oft auf den Dienstleistungssektor als Stärke Europas. Insbesondere mit dem Aufbau einer Wissensökonomie könne der Kontinent global wieder Tritt fassen, so hört man. „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube", möchte man mit Goethe sagen, wenn man an all die optimistischen Vorhersagen denkt, die seinerzeit angeführt wurden, um die große Zukunft Europas auf den Märkten zu suggerieren – nur um nach kurzer Zeit krachend widerlegt zu werden. Warum sollte bei der ganz entscheidend digitalgetriebenen Wissensökonomie gelingen, was bei sämtlichen anderen digitalen Geschäftsmodellen nicht geklappt hat? In letzter Zeit wird nun auf die Chancen durch den ökologischen Umbau der Wirtschaft hingewiesen. Hier werde der Kontinent seiner Vorbildfunktion gerecht werden und allen anderen Staaten zeigen, wo es langgeht. Doch auch hier ist aus ähnlichen Gründen Skepsis angesagt. Wer war noch vor einigen Jahren Spitzenreiter bei Entwicklung und Produktion von Solarzellen und wer ist es heute? Wer tut sich schwer, Kernkraft als Dekarbonisierungs-Technologie zu fördern? Welche Staaten und Unternehmen treiben Kernfusions-Technologie voran? Wo wird die digitale Infrastruktur für Smart Grids etc. herkommen?

Und zu allem Überfluss muss sich der alte Kontinent auch noch mit einem weiteren Problem herumschlagen: Die Bevölkerung der EU hat mit rund 450 Millionen Menschen ihren Höchststand erreicht. Prognosen gehen davon aus, dass die Zahl bis 2030 stabil bleibt und von da an allmählich sinkt. Durch die Alterung ist der verfügbare Arbeitskräftepool in Ländern wie Deutschland oder Österreich bereits heute rückläufig. Dies hat Auswirkungen auf das Gedeihen von Volkswirtschaften wie kein anderer Faktor. Noch nie in der Geschichte habe es Wirtschaftswachstum ohne steigende Bevölkerung gegeben, warnte die EU-Kommission bereits im Jahr 2005. Mit Ausnahme der USA, für die ein ausreichendes Bevölkerungswachstum vorhergesagt wird, haben auch andere Konkurrenten dieses Problem, insbesondere China und Japan. Dafür sorgen hohe Geburtenraten in Südostasien und Afrika dafür, dass aufstrebende neue Player der Weltwirtschaft sich auf einen kräftigen Zuwachs an Arbeitskräften stützen können.

Welche Optionen stehen den europäischen Staaten zur Verfügung, um den Rückgang an Arbeitskräften abzubremsen? Zur Wahl stehen eine offene Migrationspolitik, Förderung von Familienplanung durch Kindergeld und Betreuungsangebote, Erhöhung des Renteneintrittsalters, aber auch – mit Japan als Vorreiter – Investitionen in Robotertechnologie.

Ohne eine ehrliche Bestandsaufnahme der Situation und ein Umdenken auf allen Ebenen – Bildung, Technologieförderung, Regulierung, Sozialpolitik usw. – wird aus Europa trotz aller Mühen ein Abstiegskontinent werden. Allzu oft schon scheiterte die EU, weil sie Wunschdenken, Realitätsverweigerung und eine Politik des Problemvernebelns betrieb, mit der der Bevölkerung alles, nur kein reiner Wein über die Lage eingeschenkt wurde. Inzwischen sind auf vielen Gebieten die Probleme so angewachsen, dass die EU zu einem Patienten auf Dauerbehandlung geworden ist, der in einem ununterbrochenen Rettungsprozess gefangen ist. Jenseits der Strategie permanent Billionen Euro auf jedes Problemfeld auszuschütten, die nicht erwirtschaftet, sondern „gedruckt" sind, ist wenig Zählbares an Ideen zu vernehmen.

Politischer Gegenwind

Gefahr droht dem „europäischen Projekt" aber noch von ganz anderer Seite: Die unterschiedlichen historischen Erfahrungen und kulturellen Charakteristiken der 27 EU-Staaten lassen sich ganz offensichtlich nicht wie geplant unter ein zentralistisches Kommando zwingen, das ganz eindeutig von deutsch-französischer Dominanz geprägt ist. Dass am deutschen Wesen die Welt (und besonders Europa) genesen soll, wollen die einstigen Warschauer-Pakt-Staaten nicht ohne Weiteres hinnehmen. Ob Flüchtlingspolitik, Eurorettung oder klimapolitische Vorgaben – die Interessen von Ost und West, Nord und Süd driften auseinander. Je härter die EU vorgeht, desto stärker werden nationalistische Tendenzen von Polen über Ungarn bis hin zu den Niederlanden oder Italien. Der Ausbau der Sozialsysteme mit weltweiter Ansaugwirkung auf gering qualifizierte Kandidaten für soziale Unterstützungskassen hat insbesondere die östlichen EU-Staaten abgeschreckt.

Bei der Analyse des gegenwärtigen Niedergangs der EU zeigt sich flächendeckend, wie wenig Bereitschaft es in der politischen Führung gibt, sich den eigentlichen Problemen zu stellen. Der Brexit wurde und wird nach wie vor Lügenkampagnen und einer schlecht informierten (nicht selten als dumm verunglimpften) Bevölkerung in die Schuhe geschoben statt anzuerkennen, was der Hauptgrund für den Austritt der Briten war und ist: die Weigerung eines Volkes, sich einem immer weiter gehenden Zentralismus zu unterwerfen, der dabei war, das Selbstbestimmungsrecht der Menschen bis hin zum eigenen historisch gewachsenen Rechtssystem abzuschaffen. Es zeichnet sich ab, dass die Unterstützung für den europäischen Zentralstaat in immer mehr Ländern schwindet. Die viel gepriesene Vielfalt der Kulturen in Europa wird zum Hindernis für eine weitere Integration, denn die Unterordnung unter das deutsch-französisch geprägte EU-Konstrukt fällt angesichts mangelnder Gemeinsamkeiten offensichtlich zunehmend schwerer.

Logistikindustrie im Kraftfeld der EU-Probleme

Was diese wenig erfreuliche Situation für die Logistik bedeutet, ist Gegenstand der Diskussionen auf dem Kongress in Hamburg. Neben der Ist-Analyse des Zustands der Union wird es darum gehen, auszuloten, mit welchem Wirtschafts- und Politikumfeld die Unternehmen des drittgrößten Industriezweigs in Deutschland in der Zukunft rechnen müssen/können. Mögliche Rettungs-szenarien für die EU sollen in ihren Konsequenzen durchgespielt werden.

Dazu gehören beispielsweise Fragen wie die folgenden:

- Wie soll eine Auffanglösung bei einem möglichen Zusammenbruch des Euro aussehen?
- Wird es eine Rückkehr zu einer reinen Wirtschafts-gemeinschaft geben?
- Welche Folgen haben Lösungen mit „unterschiedlichen Geschwindigkeiten" für Teilregionen der EU?
- Wie lässt sich die Schuldenproblematik mit den unterschiedlichen Interessen der Gläubiger und Schuldner in den Griff bekommen?

Aber auch die eigenen Handlungsoptionen der Logistikunternehmen werden wichtigen Gesprächsstoff liefern.

- Welche umwelt- und verkehrspolitischen Regulierungen sind zu erwarten und wie können sich Unternehmen darauf proaktiv vorbereiten?
- Welche Geschäftsmodelle können sich unabhängig vom weiteren Schicksal der EU als erfolgversprechend erweisen?
- Wie lässt sich die Ertragssituation der Logistikindustrie verbessern?
- Welche Kooperationsmodelle innerhalb der europäischen Logistik könnten in turbulenten Zeiten das wirtschaftliche Überleben der Unternehmen sichern?

Die Talk- und Diskussionsrunden haben als Ziel, ein vertieftes Verständnis für die anstehenden Veränderungen zu schaffen und gleichzeitig einen roten Faden für strategische Entscheidungen innerhalb der Logistikindustrie zu erarbeiten.

HIER
KÖNNTE IHRE
ANZEIGE
STEHEN!

Club of Logistics e.V.
Wißstraße 7
D-44137 Dortmund

Fon [+ 49_2 31] 22 20 70-85
www.club-of-logistics.de

Bildquelle:
© www.shutterstock.com

Stand: 22. Januar 2022